

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

28.1.1928 (No. 24)

Expedition:
Karlsruher
Strasse Nr. 14
Telefon:
Nr. 953
und 954
Postkontos
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. A.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2.— RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Anzeigen, die als Kassensabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstrasse 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konturverfahren fällt der Anzeigensabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Exzesse, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verfehlt, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Umständliche Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Konsularische Vertretung Finnlands
Der zum Finnischen Honorarkonsul für Baden ernannte Herr Dr. Hermann Guhl in Karlsruhe ist zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen worden.

Eine deutsche Sicherheitsdenkschrift

Die deutsche Gesandtschaft in Prag hat dem Außenminister Dr. Beneš als Vorsitzenden der in Prag stattfindenden Besprechungen der Referenten der Sicherheitskommission des Völkerbundes eine Denkschrift übergeben, die die Bemerkungen der deutschen Reichsregierung zu den Sicherheitsfragen enthält. Die deutsche Denkschrift betont u. a., daß die deutsche Regierung gegenwärtig keine konkreten Vorschläge für die Lösung der einzelnen Probleme machen wolle. Wenn man den Krieg befehligen wolle, so sei dies nur möglich, wenn man für alle Konflikte, die bisher die Ursache von Kriegen waren, die Möglichkeit einer ausichtsreichen friedlichen Verhandlung finde. Für Konflikte rechtlicher Art könne das Problem durch die Fakultativklausel zum Ständigen Internationalen Gerichtshof als hinreichend gelöst angesehen werden. Ein entsprechendes allgemeines Verfahren über Streitigkeiten ausschließlich politischen Charakters habe sich bisher dagegen noch nicht verwirklichen lassen. Dies sei deshalb der Punkt, in dem die Vorkarben einsehen und besonders vertieft werden müßten. Eine besondere Rolle würde dem Ausbau des Vergleichsverfahrens zukommen. Dies könne sowohl durch zweiseitige Verträge wie auch durch Verträge geschehen, die eine größere Anzahl von Staaten umfassen. Sollen die Mittel friedlicher Streitlichung verlagern, so stünden dem Völkerbund die Bestimmungen seiner Satzung über Kriegsverhütung und Befähigung des Friedensbruchs zur Verfügung. Die Aufgabe, zu verhindern, daß ein Konflikt doch zum Appell an die Waffen treibe, falle in erster Linie dem Rate zu. Es werde daher Sache des Komitees sein, Maßnahmen vorzuschlagen, die ein rasches und wirksames Eingreifen dieser Instanz sicherstellen. Es sei nicht zu verkennen, daß die Wirksamkeit aller Sicherungen außerordentlich verstärkt werde, wenn es endlich zu einer allgemeinen Abrüstung komme, die in sich eines der wesentlichsten Elemente der Sicherheit enthalte. Die Bildung von Bündnisgruppen innerhalb des Völkerbundes, die den Schutz der ihnen angeschlossenen Staaten gegen andere Bundesmitglieder bezwecken, würde leicht zu einer Spaltung des Bundes führen und die gemeinsame Aktion lähmen. Die deutsche Regierung müsse wiederholen, daß es nach ihrer Ansicht darauf ankomme, das Sicherheitsproblem in seinem Kernpunkte anzufassen. Wollte man statt dessen den Kriegsfall und die Regelung militärischer Sanktionen zum Ausgangspunkt nehmen, so läme das dem Versuche gleich, das Haus vom Dache an zu bauen.

M. Berlin, 28. Jan. (Priv.-Tel.) Die Denkschrift der deutschen Regierung in der Sicherheitsfrage wird — wie aus Paris gemeldet wird — in der Presse ausgiebig erörtert. Der „Zeit Parisien“ sagt, die Note sei sehr lang und trage kaum zur Klärung bei. Man unterbreit die deutsche Andeutungen über den amerikanischen allgemeinen Antikriegspakt und die Ausführungen, daß der Sicherheitsgatte erheblich verstärkt werde, wenn die allgemeine Abrüstung Tatsache würde. Auch diese Schlussfolgerung der deutschen Denkschrift findet in der Linkspresse keinen Widerspruch. Die Rechtspresse hat eine sehr abfällige Kritik und erklärt, Stresemann habe lediglich Sophismen vorgebracht.

Die Staatsberatungen im Haushaltsausschuss
DDJ. Berlin, 28. Jan. (Tel.) Der Haushaltsausschuss des Reichstages beabsichtigt, die Staatsberatungen ununterbrochen bis zum 18. Februar fortzusetzen und dann Ferien bis zum 25. Februar eintreten zu lassen. Am Dienstag soll die Beratung des Etats des Reichsministeriums des Innern beginnen. Am heutigen Samstag trat der Ausschuss in die Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums ein. Die Beratung leitete Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius ein. Unter Berücksichtigung der Besoldungsbedingungen wären trotz erheblicher neuer Aufgaben, nur 30 000 RM. mehr als im Jahre 1927 angefordert. Von Einzelfragen behandelte er selbst die Erhöhung der Eisenpreise. Er erklärte dazu: Das Reichswirtschaftsministerium habe alsbald nach Bekanntmachung der Preissteigerung eingehende Untersuchungen über die dadurch geschaffene Lage und entsprechende Verhandlungen eingeleitet, die Untersuchungen und Unterhandlungen seien noch nicht abgeschlossen.

Ergänzungen zum französischen Zolltarif
M. Berlin, 28. Jan. (Priv.-Tel.) Die Zollkommission der französischen Kammer schickte gestern eine Abordnung zu Poincaré, um die Notwendigkeit einer Zollnovelle darzulegen. Der Ministerpräsident erklärte darauf, daß innerhalb von drei Tagen der Entwurf einer solchen Novelle der Kammer zugehen werde. Er enthält verschiedene Änderungen der Zölle, sowohl für Industrie- wie für landwirtschaftliche Produkte.

Letzte Nachrichten

Zentrum und Volkspartei
M. Berlin, 28. Jan. (Priv.-Tel.) Mit dem Ausfall der Abstimmung im Bildungsausschuss zu § 20 des Schulgesetzes werden sich heute und morgen der nach Berlin einberufene Vorstand und der Parteiausschuss des Zentrums ausführlich beschäftigen. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, beabsichtigt das Zentrum genau formulierte Erklärungen von der Deutschen Volkspartei zu fordern. Auch das Zentrum hält es für wünschenswert, daß dieser Reichstag noch den Etat verabschiedet, obwohl in Zentrumskreisen auch mit der Möglichkeit eines Notetats gerechnet wird. Man weiß freilich nicht, wie der Reichspräsident dazu steht, der sich schon einmal geweigert hat, den Reichstag aufzulösen, ehe der Etat verabschiedet ist und der wahrscheinlich, aber sicher sei das nicht, die Auflösung jetzt ablehnen würde. Für diesen Fall käme auch die Möglichkeit in Betracht, daß bei einem Austritt des Zentrums aus der Koalition Hindenburg die übrigen Minister weiter amtieren läßt und die auscheidenden Zentrumsminister durch Beamtenminister ersetzt, um den Etat erst einmal durchzubringen. Außerdem glaubt man, daß das Zentrum nicht in ganz Schroffer und ultimativer Weise gegen die Deutsche Volkspartei vorgeht, weil es sonst sich an die Seite der Deutschnationalen gedrängt fände, was der linke Flügel des Zentrums kaum mitmachen würde.

Die gestrigen Zwischenfälle im Reichstag

M. Berlin, 28. Jan. (Priv.-Tel.) Zu Beginn der heutigen Reichstagsitzung gab Präsident Lohse, der wieder amtiert, im Einverständnis mit dem Vizepräsidenten Graf Thüringen, die Erklärung ab, daß nach Einleitnahme in das Protokoll auch Herr Graf feststellt habe, daß eine Reihe von beleidigenden Äußerungen des völkischen Abgeordneten Frick von ihm überhört worden seien. Es handelt sich um die Beschimpfungen der ermordeten Minister Rathenau und Erberger, wie der Republik. Dafür werden nachträglich Ordnungsstrafe erteilt, wobei Präsident Lohse bemerkt, daß, wenn diese gestern erfolgt wären, auch weitere Maßnahmen ergriffen worden wären, die heute geschäftsordnungsmäßig nicht mehr zulässig sind. Auch der Kommunist Jabbach erklärt nachträglich noch einen Ordnungsruf. Über den Einspruch der Kommunisten gegen die Ausweisung von zwei Abgeordneten soll erst entschieden werden, wenn das Protokoll gedruckt vorliegt. Für die Kommunisten protestiert Abgeordneter Lorke, der Graf Thüringen, grobe Parteilichkeit vorwirft und seine sofortige Enthebung aus dem Amt des Vizepräsidenten verlangt. Lohse blegt jede weitere Debatte darüber ab und schlägt vor, diese Angelegenheit im Plenumrat zu besprechen.

Die Verhandlungen mit Litauen u. Polen

M. Berlin, 28. Jan. (Priv.-Tel.) Die in Berlin mit dem litauischen Ministerpräsidenten Wolde maras geführten Verhandlungen nehmen einen günstigen Fortgang, obwohl die Frage des politischen Vertrags, der bei der geringen Vertragsfähigkeit Litauens in dieser Hinsicht auch nicht allzuviel Wert haben dürfte, nicht stark im Vordergrund steht. Es handelt sich augenblicklich in erster Linie um eine Anleihe in Höhe von wenigen Millionen Pfund Sterling, die Litauen gegeben werden könnten, und zwar namentlich mit Rücksicht auf Memel.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen in Warschau sind soweit gediehen, daß die Sachverständigen der obersteleischen Industrie bereits über das Kohlenkontingent, das Polen fordert, in Warschau verhandeln. Eine Störung ist allerdings durch eine neue Grenzverordnung polnischerseits erfolgt, die die Rechte der Ausländer, also auch der Deutschen in den Grenzgebieten erheblich einschränkt. Man glaubt aber, daß die Verordnung durch Ausführungsbestimmungen abgeschwächt werden wird.

Für Zurückziehung der britischen Besatzungstruppen

M. London, 28. Jan. (Tel.) „Daily Express“ veröffentlicht heute an der Hauptstelle einen Artikel seines Sonderberichterstatters Gedde aus Wiesbaden über „Großbritanniens verlorene Region am Rhein“. In einem Leitartikel fordert das Blatt die Rückforderung der britischen Besatzungstruppen, die zwecks für jede ernüchterte Aktion und trotzdem zahlreich genug sind, um ein rotes Tuch für den aufkommenden Geist des deutschen Nationalismus und eine aufreizende Erinnerung an Ereignisse zu sein, die am besten vergessen werden. Das Blatt schließt: Die Komödie ist lang genug gespielt worden. Die Leute sollten unterzünftig heimgebracht werden.

* Kritische Situation für das Reichskabinett

Der Bildungsausschuss des Reichstages hat gestern den Antrag der Deutschen Volkspartei zu § 20 des Schulgesetzentwurfes angenommen, wonach in den Gebieten des Reiches, in denen, wie auch in Baden, die Simultanschule besteht, es bei dem bisherigen Zustand bleiben soll. Zwar wollte auch der Regierungsentwurf die Simultanschule zunächst erhalten wissen, aber nur für eine bestimmte Frist. Der Antrag der Deutschen Volkspartei fordert die dauernde Erhaltung der Simultanschule dort, wo sie bisher nach Gesetz oder Herkommen besteht. Der Antrag konnte im Bildungsausschuss nur angenommen werden, weil außer der Deutschen Volkspartei die sämtlichen Linksparteien für ihn eintraten. Deutschnationale, Zentrum, Bayerische Volkspartei und Wirtschaftspartei stimmten dagegen.

Die Regierungskoalition ist also in einer wichtigen gesetzgeberischen Frage auseinandergefallen. Interessant ist es, zu beobachten, wie nunmehr das Verhalten der Deutschen Volkspartei von ihren Koalitionspartnern beurteilt wird. Die Deutschnationalen geben sich alle Mühe, den Ernst der Situation zu verwischen. Da sie eine Kabinettskrise unter allen Umständen verhindern möchten, stellen sie die Dinge so dar, als ob eigentlich gar nichts Schlimmes passiert sei. Sie verweisen auf gewisse Kompromißmöglichkeiten, die noch offen stehen, und klammern sich an die Feststellung der Reichsregierung, daß der Antrag zum § 20 des Schulgesetzentwurfes verfassungsändernd sei und deshalb eine Zweidrittelmehrheit im Reichstag erfordere.

Das Zentrum beurteilt die Lage wesentlich anders. Es erklärt, daß, wenn der Antrag der Deutschen Volkspartei wirklich Gesetz werden sollte, der gesamte Entwurf damit gefährdet sei. Daß das mit einer akuten Krise für die Regierungskoalition gleichbedeutend wäre, versteht sich von selbst. Auch in der Zentrumspresse weist man darauf hin, daß der Antrag der Deutschen Volkspartei verfassungsändernd sei.

Diese Tatsache, daß zur Annahme des Antrags im Reichstag eine Stimmenmehrheit von zwei Dritteln nötig ist, könnte eigentlich schon allein genügen, um den Horizont wieder etwas aufzuhellen. Denn so, wie die parlamentarischen Machtverhältnisse im Reichstag liegen, ist es ausgeschlossen, daß sich eine Zweidrittelmehrheit für den Antrag findet. Dem Zentrum scheint aber diese Wahrscheinlichkeitsrechnung nicht zu genügen. Aus den Artikeln führender Parteiblätter geht hervor, daß man eine sofortige Klärung verlangt. Auch die Deutschnationalen sprechen von der Möglichkeit sofortiger Verhandlungen und bieten ihre Vermittlungsdienste an. Jedenfalls scheint es so, als ob das Zentrum nicht geneigt sei, es auf eine entscheidende Abstimmung im Plenum ankommen zu lassen.

Wie ist demgegenüber die Haltung der Deutschen Volkspartei? Man gewinnt nach den sehr bestimmten Erklärungen einzelner Führer und den Zeitungen der Partei den Eindruck, daß sie entschlossen ist, festzubleiben. Sollte das Zentrum aus der Annahme des Antrags zu § 20 eine Kabinettsfrage machen, so würde sich die Deutsche Volkspartei, wie es in der „Täglichen Rundschau“ heißt, „dadurch in ihren Entschlieungen nicht beeinflussen lassen. Die Stellungnahme der Partei beruht auf innerer Überzeugung und sei ein Bekenntnis zu ihrer liberalen Überlieferung; sie sei zudem seit Monaten festgelegt und werde durch Forderungen oder Drohungen irgendwelcher Art nicht erschüttert werden.“

Der Parteivorstand und Parteiausschuss des Zentrums treten heute bzw. morgen zu einer Tagung in Berlin zusammen. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Erledigung der Differenzen zwischen Stegerwald bzw. Imbusch und Dr. Marx. Aber es ist ganz selbstverständlich, daß man bei dieser Gelegenheit auch versuchen wird, einen Ausweg aus der kritischen Situation zu finden, die durch die Annahme des deutschvolksparteilichen Antrags entstanden ist. Würde das Zentrum darauf bestehen, daß die Deutsche Volkspartei von sich aus auf ihren Antrag verzichtet, so würde damit der krisenartige Zustand zur akuten Krise werden. Denn es ist wohl kaum damit zu rechnen, daß die Deutsche Volkspartei in so eklatanter Weise umfallen wird. An sich brauchte das Zentrum ja keineswegs eine derartige Forderung an die Deutsche Volkspartei.

Das Projekt der Ferngasversorgung. Wie verlautet, wird das große technische Projekt der Ferngasversorgung badischer Gemeinden von Bürgermeister Arnold, Konstanz, Bürgermeister Helt, Triberg, und Oberbaudirektor Egglinger, Karlsruhe, bearbeitet.

Verschiedenes

Typhusepidemie in Gagen.

W.D. Gagen, 28. Jan. (Tel.) Eine Typhusepidemie ist in Gagen i. W. ausgebrochen. Die Stadt war bis heute, Samstag früh, folgender: Erkrankte Personen 27, Sterbefälle 4. Am Freitag wurden 6 neue Fälle gemeldet. Deutlicherweise zeigen alle Erkrankungsfälle einen außerordentlich schweren Verlauf.



Badisches Landestheater

Montag, den 30. Januar 1928
T. - Gem. 501-600

6. Sinfonie - Konzert

des Badischen Landestheater-Orchesters
Leitung: Rudolf Schwarz
Solist: Adolf Busch

1. Dritte Sinfonie in D-Moll (Brahms)
2. Violinsonate, Opus 77 (Adolf Busch)
3. „1812“ Ouverture solennelle, Opus 49 Tschaikowsky

Anfang 20 Uhr Ende 22 Uhr

I. Rang und I. Sperritz 5 Mk.
Montag, 13. Februar in der städt. Festhalle.
Sädel: Samjon Oratorium.



Bad. Kunstverein e. V.
Waldstraße 3

21. Januar bis 9. Februar 1928:
Ausstellung Egger-Lienz
(1868-1926) Gemälde

Herrmann Geibel-München: Plastiken

Gedüfte: 10-1 und 2-4 Uhr, Sonntags 11-1 und 2-4 Uhr. Eintritt für Nichtmitglieder 50 Pfennig.

Mitglieder, die den Jahresbeitrag für 1928 noch nicht bezahlt haben, bitten wir um alsbaldige Überweisung auf eines der nachgenannten Konten. Der Beitrag beträgt bei Verlosungsteilnahme und dem Recht an der Vereinsgabe, falls die Mitgliedsnummer nicht gewinnt, 8 Mk.; die übrigen Mitglieder zahlen 6 Mk. Postkontokonto Karlsruhe 26955, Bankkonten: Süddeutsche Disconto-Gesellschaft und Rhein. Creditbank.

Haus-Standuhren!

Die höchste Zierde einer behaglichen Wohnung, daher der Wunsch jeder Hausfrau, das beste Geschenk für Familienfeste, Günstige Kaufgelegenheit für Brautleute. Direkt ab Spezial-Fabrik im Schwarzwald, ohne jeden Zwischenhandel, daher konkurrenzlos billig. Über 20 verschiedene neuzeitl. Modelle von 70 RM an. Mit 1/4 Westminster-Glockenschlag oder im Baum Domglockenschlag. Lieferung franko u. verpackungsfrei. Mehrjährige schriftliche Garantie.

Angehme Teilzahlung. Lobende Anerkennungen aus allen Bevölkerungskreisen. Überall Nachbestellungen durch Weiterempfehlung.

Benützen auch Sie diese Gelegenheit und lassen Sie sich unverbindlich von Ausführung und Preiswürdigkeit überzeugen.

Bei ähnlichen Angeboten bitte ich, sich über meine Preise und meine Dankeschreiben informieren zu wollen.

Verlangen Sie unverbindlich Vertreterbesuch oder kostenlose Zusendung meines Katalogs.

E. LAUFFER
Spezial-Fabrik moderner Haus-Standuhren
Schwenningen a. N. (Schwarzwald)

Von militärischer Lieferang vom Jahre 1927 bleibt am Lager 5000 Dk.

Leintücher

ohne Naht, feinfädige, schneeweiße, leinene, garantiert 1a Ware, fehlerlos, welche ich für Erzeugungspreis ausverkaufe.

160x250 cm groß 1 Stück 8.- Mk.
150x250 cm groß 1 Stück 7,50 Mk.

Kleinste Abnahme 1/2 Dk. versendet franko bezollt, per Nachnahme

Leinenweberei S. MARSÍK, Prag XII, Londýnska 57
(Versch. Leintwand, Tisch- und Handtücher usw. am Lager.)

Nehmen Sie

bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

Staatsanzeiger
Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.
An die Gesundheitsbehörden:
Mit Bezug auf meine Bekanntmachung vom 28. November 1927 (Karlsruher Zeitung vom 29. November 1927 Nr. 278) weise ich darauf hin, daß das Reichsgesundheitsamt die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in Berlin W 8, Bismarckstraße 45, mit der Übertragung der Vorbrude für die Ärzte beauftragt hat. Die Vorbrude sind daher künftig nicht mehr bei der Reichsbruderei, sondern bei der genannten Gesellschaft anzufordern. Die Ärzte werden sich der dortigen Vermittlung bedienen.
Karlsruhe, den 26. Januar 1928.
Der Minister des Innern
J. B. Fehrenbach

Dem Reichsverband der Rheinländer in Berlin wurde die Erlaubnis zum Roservertrieb in Baden erteilt.
Karlsruhe, den 26. Januar 1928.
Der Minister des Innern
J. B. Fehrenbach

Personeller Teil
Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten
Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
Bericht:
Verwaltungsjnspektor Otto Rehm bei der Heil- und Pflegeanstalt bei Konstanz zur Polizeidirektion Baden-Baden.

Erstklassigen
Straßenschotter
Gleisschotter
Betonschotter
Betonsplitt
Stücksteine • Grus • Sand
liefert
PORPHYRWERK DOSSENHEIM
Tel. Heidelberg 4094 H. Vatter Tel. Heidelberg 4094
Dossenheim a. d. Bergstraße
(seit 1878 Staatliches Porphyrwerk)

TINTE u. SCHMINKE
Presse- u. Bühnenfest 1928
am 4. Februar
in sämtlichen Räumen der städtischen Festhalle in Karlsruhe
Eintrittskarten zu 10 Mk sind zu haben in folgenden Geschäftsstellen:
Badischer Beobachter, Steinstraße 17
Badische Presse, Lammstraße 1b
Karlsruher Tagblatt, Ritterstraße 1
Karlsruher Zeitung, Karl-Friedrich-Straße 14
Residenz-Anzeiger, Jollystraße 21/23
Volksfreund, Waldstraße 28 und an der Hauptkasse des Badischen Landestheaters

Wälzische Hypothekbank.
Betr. Verabfindung der Anteilsscheine zu unseren 4 1/2 %-Pfandbriefzertifikaten.
Nach einer weiteren Teilausschüttung in Höhe von 10% in 4 1/2 %igen Liquidations-Goldpfandbriefen auf den Ratenschein Nr. 1 wegen deren gesonderte Bekanntmachung eingegangen ist, bieten wir mit Genehmigung unserer Aufsichtsbehörde und unter Leistung eines Zuschusses der Bank aus eigenen Mitteln für unsere sämtlichen Goldpfandbrief-Zertifikat-Anteilsscheine die endgültige Verabfindung in Höhe von 120% des Nennwertes an. Auf einen Zertifikat-Anteilsschein in Höhe von 10 G.M. werden also 12 Mk., auf einen solchen über 20 G.M. 24 Mk. usw. ausbezahlt.
1. Der im Abfindungsangebot zu berücksichtigende Umlauf an Anteilsscheinen bemittelt sich auf einen Nennbetrag von 1 225 300 G.M. Um den angebotenen Satz von 120 vom Hundert dieses Nennbetrages gleich der in der Teilungsmasse liegenden Maximalquote zu erreichen, wird aus der Teilungsmasse ein Vorkaufbetrag von 1 360 083 G.M. gleich 111 vom Hundert des Nennbetrages entnommen, während die Bank aus eigenen Mitteln 110 277 G.M. gleich 9 vom Hundert des Nennbetrages zuschießt. In der Teilungsmasse liegen zur Zeit mindestens 112,36 vom Hundert. Der zu entnehmende Betrag mit 111 vom Hundert bleibt also hinter dieser Mindestquote zurück.
2. Die Verabfindung wird gegen Einwendung des vollständigen Anteilsscheins, also einschl. der vier anhängenden Ratenscheine, jedoch erst nach Ablauf der nach Art. 85 der D.V. vom 29. Nov. 1925 vorgesehenen Frist geleistet. Unser Angebot bezieht sich nur auf die Anteilsscheine zu den Zertifikaten (nicht aber auf die Zertifikate selbst).
3. Nach Art. 85 der D.V. vom 29. Nov. 1925 gilt vorstehendes Angebot als von allen Zertifikat-Anteilsscheinhabern angenommen, wenn es dreimal im Deutschen Reichsanzeiger eingedruckt worden ist und seit der letzten Einrückung drei Monate verstrichen sind, ohne daß ein Teil der Gläubiger, dessen Goldmarkanspruch mindestens 15 vom Hundert der Goldmarkanspruch, sämtlicher bei der Beteiligung zu berücksichtigenden Gläubiger beträgt, schriftlich bei dem Staatskommissar der Bank, Herrn Oberregierungsrat Dr. Roedelin, Speyer, Regierung der Pfalz, widersprochen hat.
Der Widerspruch ist nur wirksam, wenn ihm eine Bescheinigung eines deutschen Notars, der Reichsbank oder einer anderen amtlichen Hinterlegungsstelle über die erfolgte Hinterlegung der Zertifikat-Anteilsscheine samt zugehörigen Ratenscheinen Nr. 1-4 beigelegt ist; die Bescheinigung muß den Nennbetrag sowie die Nummern, Reihen- und Buchstabenbezeichnung der Zertifikat-Anteilsscheine enthalten. Die Rückgabe darf nicht vor Ablauf der Frist erfolgen. Ein Widerspruch mit unvollständigen Unterlagen kann nach Art. 25 Abs. 2 a. a. O. nicht berücksichtigt werden.
Über die Auszahlung der Verabfindung ergeht nach Ablauf der Frist gesonderte Bekanntmachung.
Ludwigsbafen am Rhein, den 25. Januar 1928.
Wälzische Hypothekbank.

Badisches Landestheater
Sonntag, 29. Januar 1928
Nachmittags 15 Uhr
Max und Moritz
Nach Wilhelm Busch
von Leopold Günther
Musik von Felix Weber
Inszenierung: E. Hecht
Musikalische Leitung: Curt Stern

Die Nacht des Schicksals
von Berdi
Musikalische Leitung: Rudolf Schwarz
In Szene gesetzt von Otto Krauß
Musik von Dr. Bucherpfennig
Leonore Franz
Don Carlos Mühl
Alvaro Kettwig
Pater Bogel
Frau Melitona Böfer
Bengellose Weimer
Arabalco Kaufstätter
Alcalde Frey
Gyrturgus Gröbinger
Turca Burgess

Feldvereinigung mit Be- und Entwässerung in den Gewannen Hoch- und Salzwiesen auf Gemarkung Söllingen.
Der Gemeinderat Söllingen hat unterm 22. Juli 1926 den Antrag gestellt, in den Gewannen Hoch- und Salzwiesen eine Feldvereinigung nach Maßgabe des Feldvereinigungs-Gesetzes vom 31. Mai 1886 und der dazu erlassenen Vollzugsvorschriften durchzuführen.
Die Vorarbeiten für dieses Unternehmen liegen zur Einsicht der beteiligten Grundeigentümer in der Zeit vom 1. bis 14. Februar 1928 auf dem Rathaus in Söllingen auf.
Es wird Tagfahrt für die Abstimmungsverhandlung auf Freitag, den 24. Februar d. J., nachmittags 2 Uhr, auf dem Rathaus in Söllingen anberaumt, zu der die beteiligten Grundeigentümer zur Vorbringung etwaiger allgemeiner oder besonderer Erinnerungen und Anträge und zur Abstimmung über die Ausführung des Unternehmens mit dem Bemerken vorgeladen werden, daß die Richter der Gemeinde und die Nichtbestimmenden als dem beantragten Unternehmen nach dem vorgeschlagenen Plane und dem etwa in der Tagfahrt — und beabsichtigt der Hauptgrundzüge des Entwurfs — beschlossenen Änderungen des Plans beistimmend werden angesehen werden, und daß in der gleichen Tagfahrt die Vereinbarung über die Wahl der Mitglieder der Vollzugskommission stattfinden soll, auch daß etwaige Anträge auf Befreiung von dem Verzeichnisse der beteiligten Grundstücke aufgeführten Liegenschaften spätestens in der Tagfahrt und zwar vor Beginn der Abstimmung zu stellen sind.
Karlsruhe, den 26. Januar 1928. O. B. 6
Badisches Bezirksamt Abt. III.

Feldvereinigung mit Be- und Entwässerung in den Gewannen Hoch- und Salzwiesen auf Gemarkung Söllingen.
Der Gemeinderat Söllingen hat unterm 22. Juli 1926 den Antrag gestellt, in den Gewannen Hoch- und Salzwiesen eine Feldvereinigung nach Maßgabe des Feldvereinigungs-Gesetzes vom 31. Mai 1886 und der dazu erlassenen Vollzugsvorschriften durchzuführen.
Die Vorarbeiten für dieses Unternehmen liegen zur Einsicht der beteiligten Grundeigentümer in der Zeit vom 1. bis 14. Februar 1928 auf dem Rathaus in Söllingen auf.
Es wird Tagfahrt für die Abstimmungsverhandlung auf Freitag, den 24. Februar d. J., nachmittags 2 Uhr, auf dem Rathaus in Söllingen anberaumt, zu der die beteiligten Grundeigentümer zur Vorbringung etwaiger allgemeiner oder besonderer Erinnerungen und Anträge und zur Abstimmung über die Ausführung des Unternehmens mit dem Bemerken vorgeladen werden, daß die Richter der Gemeinde und die Nichtbestimmenden als dem beantragten Unternehmen nach dem vorgeschlagenen Plane und dem etwa in der Tagfahrt — und beabsichtigt der Hauptgrundzüge des Entwurfs — beschlossenen Änderungen des Plans beistimmend werden angesehen werden, und daß in der gleichen Tagfahrt die Vereinbarung über die Wahl der Mitglieder der Vollzugskommission stattfinden soll, auch daß etwaige Anträge auf Befreiung von dem Verzeichnisse der beteiligten Grundstücke aufgeführten Liegenschaften spätestens in der Tagfahrt und zwar vor Beginn der Abstimmung zu stellen sind.
Karlsruhe, den 26. Januar 1928. O. B. 6
Badisches Bezirksamt Abt. III.

person wurde Bücherrevisor Carl Nagel in Karlsruhe, Akademiestraße 43, bestellt. Der Firma Theodor Jenker wurde allgemein verboten, über Vermögensstände ohne Zustimmung der Vertrauensperson zu verfügen. Infolge dieses Veräußerungsverbot dürfen Zahlungen nicht mehr an die Firma Theodor Jenker erfolgen. Dieselben sind vielmehr an die bestellte Vertrauensperson zu machen. Vergleichstermin wurde bestimmt auf Freitag, den 17. Februar 1928, vormittags 9 1/2 Uhr, Zimmer Nr. 252.
Karlsruhe, 24. Jan. 1928.
Geschäftsstelle
Bad. Amtsgericht A I.

Das Stoffsamt der Reichsbahndirektion Karlsruhe besterzte den 11. 1. 28, 8 Uhr beginnend gegen Verabfindung im Gerätehauptlager Karlsruhe aller Personenbahnhöfe, Eingang Ruppurrerstr. alle Geräte, darunter eiserne Schränke, Werkbänke, Hobelbänke, Schraubstöcke, Winden, Zementmischer, Degimalmaschinen, Hebezeuge, Fische, Bänke, Spiegel, Koffhaas, Abfallholz, Almetalle, eine Schreibmaschine, Feilen, Schloßer- und Schreinerwerkzeuge. Zur Vertrauensperson wurde
M. 397

Die Puppenfee
von Vayer
Einfestudiert von E. Bielefeld
Musikalische Leitung: Joseph Keilberth
Spielwarenhandler

Im Stadt. Konzerthaus
Zum erstenmal
Der Hexer
von Edgar Wallace
In Szene gesetzt von Eugen Schulz-Weiden
Musik von b. d. Trend
Bemburch Schulze
Walford Höder
Gaditt Kloeble
Messer Dahlen
Lomond Brand
Cora Ann Willer
Mary Bertram
John Leitgeb
Garter Gemmede
Benny Graf
Atkins Mehner
Field Ritter
Detektive Opmar
Perz
Anfang 19 1/2, Ende 22
I. Parkett 4,20 Mk

COLOSSEUM
Waldstraße 16
Telephon 5599
Bis 1. Februar täglich
Die große REVUE
Das lebende Magazin

Leichenwagen
Lieferung als Spezialität
Rorher Fahrzeugwerke
S. m. b. G. G. 931
Lorch Nr. 9, Württemberg
Jede Ausführung vorräthig, günstige Zahlungsbedingungen. Angebote und Bilder kostenfrei. Gebraucht, sehr gut erhaltener Leichenwagen auf Gummirollen sehr preiswert abzugeben.

Leib Bücher
Wissen ist Macht!

Druck G. Braun, Karlsruhe